

---

**Vorsitz: Lettland**

## **681. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 2. Mai 2012

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 10.25 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter G. Apals

Vor Eintritt in die Tagesordnung bekundete der Vorsitzende im Namen des Forums für Sicherheitskooperation der Ukraine seine Anteilnahme im Zusammenhang mit den tragischen Bombenanschlägen vom 27. April 2012 in Dnipropetrowsk (Ukraine).

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die Umsetzung der Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs betreffend den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit: Vereinigtes Königreich (Anhang), Vorsitz*

Punkt 2 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

(a) *Verteilung der kommentierten Tagesordnung für das OSZE-Treffen zur Überprüfung des OSZE-Aktionsplans für Kleinwaffen und leichte Waffen am 22. und 23. Mai 2012 (FSC.GAL/59/12 OSCE+): Vorsitz*

(b) *Unterrichtung durch den Ersten Referenten für das Kommunikationsnetz über das 57. Treffen der OSZE-Kommunikationsgruppe vom 26. April 2012: Vertreter des Konfliktverhütungszentrums*

- (c) *Unterrichtung über das Projekt betreffend die Zerstörung abgelaufener und veralteter Munition in Zypern: FSK-Koordinator für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Ungarn)*
- (d) *Teilnahme der Militärberater der Delegationen der OSZE-Teilnehmerstaaten an der Wohltätigkeitsveranstaltung Wiener Marathon am 15. April 2012: Frankreich*
- (e) *Protokollarische Angelegenheiten: Norwegen, Vorsitz, Rumänien*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 9. Mai 2012, 15.00 Uhr im Neuen Saal

---

**681. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 687, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender.

In dem im vergangenen Dezember in Wilna verabschiedeten Ministerratsbeschluss Nr. 7/11 wurde das FSK unter anderem damit beauftragt, im Zuge seiner ersten jährlichen Überprüfung der Durchführung die Anwendung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit zu prüfen. Im Hinblick darauf möchte das Vereinigte Königreich den Teilnehmerstaaten als Beispiel Maßnahmen zur Kenntnis bringen, die seine Regierung – gestützt auf rechtliche Instrumente, die den Verpflichtungen aus dem Verhaltenskodex entsprechen – zur weiteren Integration von Angehörigen der Streitkräfte in die Zivilgesellschaft und zur Gewährleistung ihrer Rechte und Freiheiten getroffen hat.

Im Mai 2011 veröffentlichte das Vereinigte Königreich eine offizielle Vereinbarung zwischen den Streitkräften, der Regierung und der Nation (*Armed Forces Covenant*). Diese trachtet in Anerkennung des besonderen Engagements und der besonderen Stellung männlicher und weiblicher Angehöriger der Streitkräfte danach, Benachteiligungen zu beseitigen und für bestimmte Fälle – wie etwa Versehrte und Hinterbliebene – Sonderregelungen vorzusehen. Öffentliche, privatwirtschaftliche und karitative Bereiche gleichermaßen ansprechend, hält sie politische Entscheidungsträger an, die vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten für Angehörige der Streitkräfte, Veteranen und deren Familien zu verbessern. Darin vorgesehen sind etwa Regelungen betreffend zusätzliches Schulgeld für Kinder von Angehörigen der Streitkräfte, erhöhte finanzielle Zuwendungen und Steuererleichterungen für an entsprechenden Einsätzen teilnehmende Angehörige der Streitkräfte, die Einrichtung des mit einem Beihilfefonds von 30 Millionen Pfund dotierten *Community Covenant* und Hilfestellung für diejenigen, die von ihrem aktiven Dienst ins zivile Leben wechseln, z. B. beim Zugang zu Hochschul- und Weiterbildung.

Herr Vorsitzender,

die Vereinbarung *Armed Forces Covenant* ist ein Prozess, keine einmalige Aktion, und für ihre volle Umsetzung wird es noch einige Zeit und Ressourcen brauchen, was angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage eine Herausforderung ist. In Anbetracht ihrer Priorität sieht das Gesetz über die Streitkräfte 2011 [*Armed Forces Act 2011*] jedoch eine gesetzliche Verpflichtung für den Verteidigungsminister vor, dem Parlament jedes Jahr über

die Fortschritte in diesem Bereich zu berichten. Am 20. Dezember 2011 wurde ein Zwischenbericht veröffentlicht. Parallel dazu kündigte der Premierminister die Einrichtung eines interministeriellen Ausschuss an, der dafür sorgen soll, dass die Interessen von Angehörigen der Streitkräfte, Veteranen und deren Familie ein nationales Anliegen bleiben. Der Premierminister selbst führte bei der Eröffnungssitzung des Ausschusses im Februar 2012 den Vorsitz.

Das Vereinigte Königreich weiß, dass viele Teilnehmerstaaten eigene Programme haben, um für die besonderen Bedürfnisse ihrer Streitkräfte zu sorgen. Interessierten Teilnehmerstaaten berichten wir gerne über unsere jüngsten Erfahrungen bei der Ausarbeitung dieser Vereinbarung und der Umsetzung ihrer Verpflichtungen. Das Vereinigte Königreich ist auch sehr daran interessiert, aus den Erfahrungen anderer Länder zu lernen, und sieht der Erörterung von Fragen zu diesem Thema im FSK am 11. Juli 2012 mit Interesse entgegen.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Treffens beizufügen.